



Brüsseler Brief

Die EUD Brüssel informiert

Ausgabe 10 – September 2011



★ Europa – quo vadis? Besorgte Gedanken im Sommer 2011 von Christian Bruns, Beisitzer

Liebe Mitglieder unseres Brüsseler Verbandes,
liebe Freunde der Europa-Union Deutschland,

in diesem Sommer etwas Grundsätzliches, vielleicht Ermutigendes, über die EU zu schreiben, fällt nicht leicht. Die aktuelle Agenda ist dominiert von sich überstürzenden Meldungen über haushaltspolitische Probleme in weiteren Mitgliedstaaten, eskalierende Risiken für die Gemeinschaftswährung und neue Rettungsmaßnahmen mit dramatisch abnehmender Halbwertszeit.

Unterdessen nimmt das Zutrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit und Kompetenz der EU kontinuierlich ab.

Ein kritischer Blick auf Ursachen und Wirkungen:

Wir können derzeit verfolgen, wie die Lösungsvorschläge für die Krise der Finanzsysteme und öffentlichen Haushalte an die Grenzen ihrer politischen Durchsetzbarkeit stoßen. Dies gilt für Schuldnerländer ebenso wie für Gläubigerstaaten.

So droht in einigen „Schuldnerländern“ die Umsetzung der Maßnahmen zur Sanierung ihrer öffentlichen Haushalte am Widerstand der betroffenen Bevölkerung (bzw. an fehlenden parlamentarischen Mehrheiten) zu scheitern. Vielfach wird die materielle Betroffenheit vieler Menschen von Einschnitten der öffentlichen Leistungen noch verstärkt durch die Empfindung, als Einzelner weder von den

„Sünden der Vergangenheit“ profitiert zu haben noch dafür in irgendeiner Weise verantwortlich zu sein.


Gleichzeitig kommt in einigen „Gläubigerstaaten“ die öffentliche Meinung zunehmend an einen Punkt, an dem sie den eigenen Haushalt nicht weiter mit Risiken für die Fehler in anderen Ländern belastet sehen will, zumal auch im eigenen Land der Schuldenstand hoch ist und Belastungen und Kürzungen angekündigt oder beschlossen sind.

Unter diesen Umständen wächst – in beiden Fällen – die Versuchung, verstärkt das Primat der nationalen Interessen zu betonen anstatt sich der Mühe zu unterziehen, den Nutzen einer Einbindung der legitimen nationalen Belange in den Kontext des europäischen Ganzen gleichermaßen geduldig wie unterschieden zu erläutern.

So kommt es zu der paradoxen Situation, dass in einer Krise, deren Lösung eigentlich ein kraftvolles europäisches Handeln und eine Führungsrolle ihrer Institutionen verlangt, der Reflex „Weniger EU ist mehr“ wider alle bessere Einsicht zunehmend hoffähig wird.

Vielen Regierungen fällt es mit Blick auf bevorstehende Wahlen sowohl in den Schuldner- als auch in den Gläubigerstaaten zunehmend schwer, den Bürgerinnen und Bürgern das sachlich Notwendige (oder das als notwendig Erkannte) zu vermitteln. Das Ergebnis sind Maßnahmen, die vielfach in die richtige Richtung zielen, den Kern des Problems jedoch nicht angreifen und daher nach kürzerer oder längerer Frist neue, radikalere (und meistens teurere) Entscheidungen verlangen.





Zum Beispiel erweist sich – unabhängig von der Frage, ob EURO-Bonds nun ein geeignetes Instrument zur Krisenbewältigung sein könnten – die über die letzten Monate verbundene Dämonisierung des Begriffs „Transferunion“ schon jetzt als Bumerang, weil Transfer- und Garantieleistungen in unterschiedlicher Form sich mittlerweile längst als alternativlos erwiesen haben und nun der Aufwand für deren öffentliche Legitimation um ein Vielfaches höher geworden ist.

Als problematisch und für viele Beobachter irritierend erweist sich auch das institutionelle Gefüge und die Rolle der beteiligten Ebenen und Akteure. Zwar wird landläufig auf „die EU“ bzw. „Brüssel“ verwiesen, tatsächlich erfolgt die politische Meinungs- und Willensbildung in großen Bereichen aber intergouvernemental und damit weitgehend jenseits des EU-Vertrages, des institutionellen Gefüges und mit begrenzter rechtlicher Verbindlichkeit. Und alles wird zusätzlich kompliziert durch die separate Behandlung der währungsbezogenen Themen in der Euro-Gruppe, also nur unter 17 der 27 Mitgliedstaaten.

Der Vertrag von Lissabon ist damit früher als selbst von Kritikern erwartet an Grenzen gestoßen. Da er nach wie vor wichtige Politikbereiche der Gemeinschaftsmethode vorenthält, lässt er viel Raum für die Kakophonie nationaler Egoismen und begünstigt die Marginalisierung der europäischen Institutionen – insbesondere des Europäischen Parlaments. Auch der ins Gespräch gebrachten europäischen Wirtschaftsregierung fehlt bislang eine klare Zuständigkeit, eine Definition ihrer Arbeitsweise und eine parlamentarische Legitimationsinstanz auf EU-Ebene.

Damit werden Zuständigkeiten und Verantwortung für Probleme und Entscheidungen zusehends unscharf. Dies verschärft die Problematik der mangelnden demokratischen Legitimation der Maßnahmen im Rahmen der Krisenbewältigung, die auch für die nationalen Parlamente schon erheblich strapaziert ist.

Es überrascht nicht, dass die politische Verunsicherung vieler Bürgerinnen und Bürger unter diesen Umständen eine zunehmende europakritische Komponente aufweist, die auch im Erstarken nationalistischer Bewegungen und Parteien in einer ganzen Reihe von Mitgliedstaaten zum Ausdruck kommt. Bislang ohne gemeinsame politische Programmatik (und vorrangig getragen von nationalen Themen), verbindet sie doch eine ausgeprägte Neigung zur Renationalisierung, zur Abschottung und Desintegration bis hin zu dezidierten Forderungen nach einer Abkehr von der EU. Die Erwartung, dass man diesen Strömungen durch Halbheiten und Rhetorik entgehen kann, wird sich nicht erfüllen.

Neben der „materiellen“ Krise entwickelt sich damit ein weiteres Dilemma für die EU – eine sich verschärfende Legitimations- und Akzeptanzkrise. Europapolitik droht zusehends in die Defensive zu geraten. In dieser Situation käme es darauf an, statt öffentlicher Verzögerung neben der entschiedenen Bekämpfung der Krisenursachen offensiv eine Vision von europäischer Solidarität (und Solidität) zu entwickeln, eine tabulose Debatte über Subsidiarität und europäischen Mehrwert zu führen und – last but not least – den bestehenden Rechtsrahmen der EU und das institutionelle Gefüge kritisch zu überprüfen.

Angesichts der Atemlosigkeit der aktuellen Lage erscheint es verwegen, die für diesen Diskurs die notwendige Muße, Phantasie und politischen Mut zu erwarten. Aber die Architektur der EU wird nach der Krise, wie immer sie ausgehen mag, erneut auf dem Prüfstand stehen. Es bleibt zu hoffen, dass der notwendigen Debatte über Europas Zukunft dann nicht durch die Krise und ihre politischen Kollateralschäden der Boden entzogen wurde.

In jedem Fall wäre es gut, mit dem Nachdenken nicht erst dann, sondern jetzt zu beginnen. Hierzu kann die Europa-Union in Deutschland und in ihrem Brüsseler Verband einen Beitrag leisten. Alle engagierten Europäer, auch und vor allem die kritischen, sind eingeladen, sich daran zu beteiligen.



★ Neuwahl des Vorstandes

Am 1. September fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU die diesjährige Mitgliederversammlung unseres Brüsseler Verbandes statt. Der Leiter, Friedrich von Heusinger, übermittelte die Grüße des hessischen Justiz- und Europaministers Jörg-Uwe Hahn und Staatssekretärin Nicola Beer und hob in seiner Begrüßungsansprache die Bedeutung der Europa-Union für die europäische Integration hervor.



Nach der Vorstellung des Rechenschaftsberichts durch den

Vorsitzenden, Dr. Michael Köhler und den Bericht des Schatzmeisters, Gert Jauernig, führte der Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Präsidiumsmitglied der EUD, Rainer Wieland durch die anstehende Neuwahl des Vorstandes.



Der neue Vorstand setzt sich bis zur Neuwahl im Jahr 2013 wie folgt zusammen:

Vorsitzender:

- Dr. Michael Köhler (Kabinettschef von Kommissar Günther Oettinger)

Stellvertreter:

- Georg Becker (Eur. Parlament - Büro Vizepräsident Rainer Wieland MdEP)
- Anna Haas (Eur. Parlament, Büro Reinhard Bütikofer MdEP)

Schatzmeister:

- Gert Jauernig (Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel)

Schriftführer:

- Ralf Diemer (Leiter des Büro des VDA Brüssel)

Beisitzer:

- Christina Altides (Eur. Parlament - Referat Besuchergruppen)
- Ralf Bingel (Landesvertretung Hessen)

- Christian Bruns (Leiter der Landesvertretung Bremen)
- Anna Echterhoff (Comece)
- Frank Hoffmeister (stv. Kabinettschef Karel de Gucht)
- Robert Möhrle (Landesvertretung Hessen)
- Niels Schuster (Rechtsdienst im Ratssekretariat)
- Pia Wenningsmann (Leiterin Landesvertretung von Rheinland-Pfalz)

Zum Rechnungsprüfer wurden Marcus Breuer und Sebastian Dreyer gewählt.

Der alte und neue Vorsitzende dankte allen Beteiligten für die Vorbereitung der Veranstaltung und Durchführung sowie dem Leiter der hessischen Landesvertretung für die gute Kooperation bei dieser und auch zahlreicher zurückliegender Veranstaltungen und eröffnete das sich direkt anschließend e Sommerfest der EUD Brüssel.

★ Anmerkung der Redaktion

Aus vielfältigen Gründen (Technik und Zeitmangel) konnte dieser Mitgliederbrief nicht wie geplant Anfang des Jahres erscheinen. Wir bitten unsere Leser wie auch alle Autoren um Verständnis und geloben Besserung.




★ Klimakonferenz in Cancún muss ein Erfolg werden!

Von Jo Leinen MdEP



Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit im Europäischen Parlament

Wenige Tage vor der UN-Klimakonferenz in Mexiko stellt sich die Frage, was die 194 Vertragsstaaten dieses Jahr für den Klimaschutz erreichen können. Nach dem enttäuschenden Ergebnis der Konferenz in Kopenhagen darf nicht noch mehr Zeit verschwendet werden. Die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre steigt parallel mit dem erhöhten Energieverbrauch drastisch an. Findet nicht weltweit eine Entkopplung von Wirtschafts-



wachstum und Treibhausgasemissionen statt, kann sich die globale Durchschnittstemperatur laut Angaben des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) im schlimmsten Fall um 6,4°C erhöhen.


Trotz des dringenden Handlungsbedarfs konnte auf internationaler Ebene noch kein Klimaabkommen mit verbindlichen Reduktionsmaßnahmen verabschiedet werden. Aufgrund der gegenseitigen Blockaden der USA und China wird auch dieses Jahr noch kein neuer Klimavertrag vereinbart werden. Doch es darf nicht darauf gewartet werden, dass die beiden Wirtschaftsmächte bereit sind, international Verpflichtungen einzugehen. Daher muss die Europäische Union wieder eine Vorreiterrolle übernehmen und mit anderen Staaten mehr im Klimaschutz tun.

Auf der Konferenz in Cancún (29. November bis 10. Dezember 2010) müssen wichtige Fortschritte gemacht werden. Konkrete Entscheidungen sind in den Bereichen Technologietransfer, Waldschutz, Anpassung an den Klimawandel sowie der Berichterstattung und Messung von Emissionsreduktionen möglich. Dabei muss es gelingen, die wesentlichen Differenzen zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern zu überwinden. Die Entwicklungsländer fürchten beispielsweise im Zusammenhang mit der Kontrolle der Emissionen einen Eingriff in ihre wirtschaftliche Entwicklung. Seitens der Industrienationen besteht zum Beispiel Uneinigkeit, welche Rolle der Schutz des geistigen Eigentums beim Technologietransfer spielen kann. Auf beiden Seiten müssen daher Zugeständnisse gemacht werden, um einen Stillstand der Verhandlungen zu vermeiden. Teillösungen in den genannten Bereichen sind ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem globalen Klimavertrag. Entscheidend ist auch, die Inhalte des "Kopenhagen Akkords" in den formellen Verhandlungsprozess zu integrieren. In Cancún muss ein strategischer Fahrplan für 2011 geschaffen werden, um im nächsten Jahr in Südafrika ein ambitioniertes Abkommen zu verabschieden.

Die EU hat schon in der Vergangenheit erfolgreich vermittelt und sollte daher in Cancún wichtige Impulse geben. Die Bereitschaft zu einer zweiten Verpflichtungsperiode im Rahmen des Kyoto-Protokolls und der Reduzierung der Treibhausgase um 30% sind dabei wichtige Angebote aus Europa. Außerdem wird die erste Rate der Schnellstart-Finanzierung über 2,2 Milliarden Euro bereits in diesem Jahr in multilaterale Fonds oder bilaterale Projekte in Entwicklungsländern investiert. Damit stärkt die EU ihre Glaubwürdigkeit in den Verhandlungen und signalisiert deutlich, dass den Worten auch Taten folgen.

Darüber hinaus beweisen die EU-Staaten ebenfalls, dass sie ihrer Verantwortung im Klimaschutz gerecht werden, indem zahlreiche Kooperationen mit einzelnen Entwicklungsländern stattfinden. So haben Frankreich und Norwegen ein Projekt mit Indonesien, Brasilien sowie der Demokratischen Republik Kongo zum Erhalt des tropischen Regenwaldes beschlossen. So sollen dank finanzieller und technischer Unterstützung von den Industrieländern die 120 Millionen Hektar Regenwald in Indonesien geschützt werden. Vergleichbar sind die deutsch-südafrikanische Initiative zur Technologiezusammenarbeit oder die Vereinbarung von Spanien und Costa Rica über Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Solche Partnerschaften überbrücken den Zeitraum bis zum Abschluss eines neuen Abkommens und können sich zugleich positiv auf die Verhandlungen auswirken. Auch in den beiden blockierenden Staaten, den USA und China, steigen auf nationaler Ebene die Klimaschutzbemühungen. So investieren beide Länder in Energieeffizienzmaßnahmen, China strebt in den nächsten Jahren eine Marktführerschaft im Bereich Erneuerbare Energien an und die US-Regierung möchte durch "grüne" Technologien mehr neue Jobs schaffen.

Angesichts dieser Entwicklungen darf die EU nicht zögern, sondern muss ihren Kurs auf dem Weg zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft beibehalten. In ihrem eigenen Interesse muss eine Reduktion der Treibhausgasemis-



sionen um 30% bis 2020 erfolgen und auf internationaler Ebene das langfristige Ziel eingefordert werden, die Emissionen bis 2050 um 50% zu reduzieren. Nur durch klare politische Vorgaben erhält die Wirtschaft die nötigen Anreize, um in eine nachhaltige Energieversorgung zu investieren. Vor allem der Einsatz von Erneuerbaren Energien senkt die Importabhängigkeit und bietet einen weiteren Vorteil für die Wettbewerbsfähigkeit der EU. Die nötigen Technologien und Kapazitäten stehen bereits zur Verfügung, ihr Einsatz muss lediglich durch die entsprechenden Anstöße gefördert werden. Der Nachweis, dass eine nachhaltige Entwicklung auch ohne Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums funktioniert, wird auch die Schwellen- und Entwicklungsländer ermutigen, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen.

Die Industrieländer sollten ihre Reduktionsziele auf 25-40% bis zum Jahr 2020 erhöhen, sonst kann das 2°C-Ziel nicht erreicht werden. Nach neuestem Wissenstand sollte sogar ein Maximum von 1,5 Grad angestrebt werden, um die schlimmsten Folgen zu vermeiden. Dieses Ziel hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments bereits in einer Resolution aufgenommen, denn es ist höchste Zeit: Forscher gehen bereits jetzt von einer Erwärmung von 0,75°C aus. Eine solche Begrenzung kann allerdings nur durch eine internationale Vereinbarung erreicht werden. In Cancún muss die EU daher wieder eine Führungsrolle einnehmen und Partner unter den anderen Staaten finden, die sich ebenfalls ambitionierter für den Klimaschutz einsetzen. Nur gemeinsam kann ein starkes internationales Klimaschutzabkommen erreicht werden.

Anmerkung der Redaktion: Dieser Beitrag ist November 2010 verfasst worden.

★ **Mehr EUD in Brüssel als gedacht: Die Union Europäischer Föderalisten**

Die Europa Union Deutschland ist die mit Abstand größte Sektion ihrer Dachorganisation, der Union Europäischer Föderalisten (UEF). Auf jedem Kongress und jedem Bundeskomitee gilt den Deutschen eine besondere Auf-

merksamkeit. Ohne die Stimmen unserer Delegierten ist kaum etwas durchzusetzen. Die Kraft der Europa Union spiegelt sich nicht zuletzt in ihrer starken Sektion mit über 200 Mitgliedern in Brüssel, dem Zentrum europäischer Politik. Es ist bemerkenswert, dass es unter der Leitung des hiesigen Vorsitzenden Prof. Michael Köhler in kurzer Zeit gelang, durch interessante Veranstaltungen und eine ganz besondere Mischung aus bewährtem Vereinsgeist und hehren Idealen Beamte, Lobbyisten und Nachwuchskräfte an die Europa Union zu binden.

Auch die UEF erfreut sich jenseits ihrer deutschen Gemeinde in Brüssel wachsender Popularität. Durch eine Modernisierung der Kommunikationskanäle und einer offensiveren PR-Strategie bekommen wir monatlich neue Mitglieder und Interessenten. Unser Newsletter besteht nun aus einem „UEF-Update“ für Informationen rund um das Leben in der UEF und der „UEF-Opinion“ für hilfreiche Unterlagen und anregende Meinungen zur Diskussion aktueller Themen wie der Finanzkrise. Der Verteiler erfasst mittlerweile rund 2000 Empfänger, Tendenz steigend. Die „UEF Groupe Europe“ richtet sich an Angestellte der Institutionen, aber auch an externe Interessierte und bietet spannende Diskussionen mit Entscheidern, so zuletzt geschehen mit den Abgeordneten Guy Verhofstadt und Elmar Brok zum Thema des Europäischen Auswärtigen Dienstes.

An der Präsenz der UEF in Brüssel wird weiter gearbeitet. Formate für Themen aus der Industrie werden in einer in der Gründung befindlichen UEF Business Group aufgenommen, die neu gegründete Stiftung „Federal Action Fund“ soll Initiativen zur Europäischen Integration unterstützen, auch – ganz nach deutschem Vorbild – werden Stammtische anderer Landesgruppen mit Hochdruck angeschoben. Ziel der UEF ist es dabei, die internationale Vernetzung jener voranzutreiben, die eine wohlwollende Gesinnung gegenüber der Europäischen Integration haben. Bei aller Freude über die steigende Bedeutung der Brüsseler Aktivitäten - Hauptziel der



UEF muss es sein, Bürgerinnen und Bürger jenseits des Brüsseler Alltags zu erreichen. Den Organen der UEF kommt hier eine besondere Verantwortung zu. Mutige europäische Politik für die nächste Generation einzufordern und Politikern Richtung zu geben, ist eine Aufgabe aller Sektionen. Hier bietet die UEF bei ihrem Bundeskomitee und ihrem Kongress den Sektionen an, über den besten Weg zu streiten und gemeinsame Beschlüsse zu fassen. Damit unsere Beschlüsse mehr Schlagkraft bekommen, als dies in der Vergangenheit der Fall war, versuchen wir einerseits über Medien und über öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen am Rande unserer Zusammenkünfte andererseits, mehr Aufmerksamkeit zu bekommen. Beim vergangenen Bundeskomitee der UEF konnten die Delegierten mit Kommissar Lewandowski diskutieren. Das langjährige Mitglied der EUD, Vizepräsident Rainer Wieland, gab sowohl politische als auch organisatorische Anregungen und die neu aufgenommene UEF Sektion Serbien konnte durch unsere Zusammenarbeit ein beachtliches nationales Presseecho erreichen.



Christian Wenning, MEP Andrew Duff, EP-Vizepräsident Rainer Wieland, MEP Andrey Kovatchev (Federal Committee October)

Der nächste UEF Kongress findet vom 25.-27. März 2011 im Europaparlament in Brüssel statt. Viviane Reding, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, hat ihre Teilnahme in Aussicht gestellt. Die deutschen Delegierten wurden kürzlich in Erfurt gewählt. Eine Beteiligung von mehr als 30% der deutschen Delegierten ist bei UEF Organen dabei eher selten. Vielleicht haben Sie selbst schon darüber nachgedacht, ob Ihrem Engagement eigent-

lich noch das Element der internationalen Auseinandersetzung um die Europäische Einigung fehlt. Vielleicht haben Sie aber auch noch nie so recht gewusst, was die UEF eigentlich ist oder macht. In beiden Fällen, schauen Sie doch bitte gerne bei uns vorbei: www.federaleurope.org

Christian Wenning, UEF-Generalsekretär

★ De-Briefing zum Europäischen Rat

am 29. Oktober mit Botschafter Tempel

Bereits wenige Stunden nach Beendigung des Europäischen Rates am 29. Oktober 2010 stand Peter Tempel, Botschafter und Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union, der Europa Union Brüssel beim traditionellen „De-Briefing“ Rede und Antwort. Rund 150 Gäste hatten dabei Gelegenheit, aus erster Hand zu erfahren, welche Entscheidungen vor allem mit Blick auf den Umbau des Krisenmechanismus der EU oder dem kommenden EU-Haushaltsplan beim Treffen der Staats- und Regierungschefs im Vordergrund standen.

So berichtete der Botschafter, dass der im Mai etablierte Krisenmechanismus 2013 auslaufen werde und es beabsichtigt sei, nun einen permanenten Krisenmechanismus einzuführen. Bis zum nächsten Europäischen Rat im Dezember 2010 würden Optionen hinsichtlich der Verankerung und der Funktionsweise geprüft, wobei jedoch §125 des Vertrags von Lissabon („No Bail Out“-Klausel) nicht angetastet werden solle. Im Zuge dieser Überlegungen werde auch über Mechanismen nachgedacht werden, um künftig private Gläubiger stärker in die Pflicht zu nehmen, ergänzte der Botschafter. Mit Blick auf den kommenden Haushalt der EU berichtete Tempel, dass sich die Mitgliedstaaten auf Betreiben Großbritanniens auf eine Haushaltserhöhung von 2,9% verständigt hätten, um derart auch die Konsolidierungsbemühungen der Mitgliedstaaten widerzuspiegeln. Mit dieser Position werde nun in die weiteren Verhandlungen zu diesem Thema gegangen. Zudem beantwortete der Botschafter Fragen aus dem Publikum zu dem anstehenden Treffen der G20 in Seoul sowie zur Klimakonferenz in Cancún, die ebenso auf

der Agenda dieses Europäischen Rates stand.

[Botschafter Tempel](#) bekleidet sein Amt seit August 2010 und führt mit den „De-Briefings“ der Europa-Union Brüssel die Tradition seines Vorgängers, Botschafter Duckwitz, fort.

Michael Roth

★ **Neue Energie für Europa!** **Bundeskongress der Europa-Union tagte in Erfurt**

"Neue Energie für Europa!" Unter diesem Motto tagte der diesjährige Bundeskongress mit mehr als 250 Teilnehmern am 20. und 21. November 2010 im Thüringer Landtag. Die Gastredner des Kongresses, Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, EU-Kommissar Günther Oettinger und der Schriftsteller Navid Kermani lieferten wichtige Impulse für die politische Debatte der Delegierten aus dem gesamten Bundesgebiet.

Die Antragsdebatte mündete in mehr als zehn Beschlüssen, die sich mit verschiedenen europapolitischen Themengebieten befassen.

Nach Grußworten der Präsidentin des Thüringer Landtages, Birgit Diezel, und des Erfurter Oberbürgermeisters



Andreas Bausewein, sprach die Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht zur Rolle der deutschen Länder in Europa. Sie befürwortete das im Lissabon-Vertrag verankerte Subsidiaritätsprinzip und empfahl der Europäischen Kommission, sich nicht in alle Bereiche einzumischen. Gleichzeitig betonte sie, wie sehr Thüringen in den letzten 20 Jahren von der EU profitiert habe. So seien mehrere Milliarden Euro an Fördermitteln in das Bundesland geflossen.

EU-Kommissar Günther Oettinger, zuständig für Energiepolitik, zeigte in seiner Rede auf, wie man dem europäischen Einigungsprozess

eine neue Dynamik verleihen kann. Mit Blick auf sein Ressort kritisierte er die aktuelle Energiepolitik in Europa, die durch Kleinstaaterei ein strategisches Risiko für den Wohlstand und die Sicherheit Europas darstelle. Zentrales Element für die notwendige energiepolitische Wende in Europa sei zwingend eine grenzüberschreitende EU-Energiepolitik. Im Bereich der erneuerbaren Energien müsse man national geprägte Fehlentwicklungen korrigieren und europäische Chancen nutzen, so Oettinger. Er führte weiter aus: „Zwei Drittel unserer heutigen Energielieferungen kommen aus Ländern, die unsere gesellschaftlichen und rechtlichen Vorstellungen in vielen Aspekten nicht teilen. Aus dieser Abhängigkeit wird schnell Erpressbarkeit.“ Die Verfügbarkeit von bezahlbarer Energie werde für die Menschen Europas die Bedeutung bekommen, die über Jahrhunderte die Ernährung hatte, warnte Oettinger. Zum Transport der Energie müsse man dringend in eine Infrastruktur investieren, die die Regionen Europas verbinde. Der Nachholbedarf sei dramatisch, so Oettinger. Eine optimale europäische Energiestrategie ende nicht an den Grenzen der heutigen 27 EU-Mitgliedsstaaten: „Eine kontinentale Konzeption einschließlich des Mittelmeerraums und Nordafrikas bietet eine Lösung für eine Milliarde Menschen.“

Mehr zivilgesellschaftliche Partizipation an europapolitischen Debatten forderte EUD-Präsident Peter Altmaier in seiner Ansprache. Er kritisierte die national gefärbten Diskussionen über die Stabilisierung des Euro. Positiv hob er den mit dem Lissabon-Vertrag einhergehenden Machtzuwachs des Europäischen Parlaments hervor, an den sich die nationalen Politiker noch gewöhnen müssten.

In mehreren Arbeitsgruppen diskutierten die Delegierten über „Die europäische Idee im 21. Jahrhundert“ und ein neues Grundsatzprogramm für die Europa-Union. In der Arbeitsgruppe „Rechtsraum Europa“ gab der Thüringer Justizminister Dr. Holger Poppenhäger eine Einführung in die Thematik. Fragen der „Strategie und Verbandsentwicklung“ waren Gegenstand einer dritten Arbeitsgruppe.

Zum gelungenen Abschluss des ersten Kongresstages empfing der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Dr. Jürgen Schöning, die Delegierten und Gäste in der Thüringer Staatskanzlei.

Höhepunkt des Bundeskongresses am Sonntag war die Rede des Schriftstellers und Orientalisten Navid Kermani zu den Grenzen Europas. Für ihn ist die Zugehörigkeit zu Europa weder ethnisch noch religiös begründbar, sondern Ausdruck einer Willensgemeinschaft. Die Grenzen Europas seien nicht geographisch zu verorten. Europa sei überall dort, wo die Menschen europäische Werte teilen.
(Ralf Bingel)

★ Erfolgreicher Praktikantenempfang in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU

Am 22. November 2010 waren deutsche Praktikanten der EU Institutionen in die Vertretung des Landes Hessen zu einer gemeinsamen Vortragsveranstaltung der Europa Union Deutschland Verband Brüssel und der Hessischen Landesvertretung eingeladen.

Der Praktikantenempfang ist bereits Tradition, zu dem die Einladung jährlich rege angenommen wird. So begrüßte Christian Henkes, Referatsleiter in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU, auch im Namen des Hessischen Ministers der Justiz, für Integration und Europa, Jörg-Uwe Hahn und Staatssekretärin für Europaangelegenheiten, Nicola Beer, die rund 150 Gäste und gab einen Einblick in die Aktivitäten der Landesvertretung. Dabei stellte er dar, dass die Ministerien der Landesregierung Hessen durch die in der Landesvertretung ansässigen Referenten "gespiegelt" werden und diese als eine Art Frühwarnstelle alle aktuellen Entwicklungen der EU an die Hessische Landesregierung melden. Darüber hinaus diene die Landesvertretung als Plattform für Hessische Kommunen, deren Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Unternehmen und anderen Organisationen zur Interessenvertretung in Brüssel und Kontaktaufnahme mit EU-Institutionen. Durch die

verschiedensten Veranstaltungen im Hause und den Empfang von Besuchergruppen werde beabsichtigt, Europa den Hessen näher zu bringen. Der frühzeitige Kontakt zu den Praktikanten sei bereits jetzt bedeutend, da diese oft die Ansprechpartner von morgen seien. Der Verband Brüssel der Europa-Union Deutschland war diesmal vertreten durch Herrn Christian Wenning, Generalsekretär der Union Europäischer Föderalisten, der die Aktivitäten des Verbandes in Brüssel vorstellte und die Suche nach Frieden als die Intention des Verbandes bei seiner Gründung im Jahr 1946 darstellte. Dieser Intention gehe die Eu-



ropa Union auch heute nach und habe dabei nichts von ihrer Aktualität verloren. Sie sei nicht nur für Erwachsene interessant, sondern richte ihr Augenmerk auch auf Jugendliche besonders mit ihrer Jugendorganisation.

Auch die JEF, Junge Europäische Föderalisten Deutschland, vertreten durch André Berberich, Schatzmeister der JEF Deutschland, war anwesend und stellte sich als gut vernetzte, von dem Staat gewürdigte Organisation dar, die für Europa begeistert will, was aber letztlich nur auf Grundlage einer gut funktionierenden Informationsarbeit möglich ist.

Ole Richert, stellvertretender Pressesprecher und Referent Verbandskommunikation der HessenChemie, berichtete über die Aufgaben des Verbandes HessenChemie, wie beispielsweise die Wahrnehmung der Interessen bezüglich der Tarifverträge in der Industrie, allgemeine Verbandskommunikation und die

Information der Mitglieder . Der Verband verstehe sich als Sprachrohr großer Unternehmen, wobei der enge Kontakt zu der Landesvertretung unerlässlich sei, um nah an der hessischen Politik sein zu können.

Ebenfalls sehr aufschlussreich war die Präsentation des Europakollegs Brügge/Natolin. Die drei Studierenden Franziska Rupp, Malte Lindenthal und Jonas Walter berichteten über Aufbau und Inhalte der vier möglichen Studiengänge Politik- und Verwaltungswissenschaften, Wirtschaftswissenschaft, Rechtswissenschaft sowie Internationale Beziehungen und Diplomatie der EU. Das bilinguale Studium an dem College, das zu jedem Studienjahr von Persönlichkeiten wie z.B. Bundeskanzlerin Angela Merkel eröffnet wird, sei zwar straff, aber das Studentenleben in den sieben Studentenwohnheimen lasse sich durchaus mit einem abwechslungsreichen Freizeitprogramm ergänzen.

Bei einem anschließenden Imbiss hatten die Praktikanten Gelegenheit sich auszutauschen und Kontakte zu knüpfen.

Die Reihe der Praktikantenveranstaltungen wird auch im nächsten Jahr zwischen der Europa Union Deutschland, Verband Brüssel und der Vertretung des Landes Hessen bei der EU fortgesetzt werden.
(Ralf Bingel)

★ Mehr Demokratie für Europa: Ein Jahr Vertrag von Lissabon

Anlässlich des ersten Geburtstages des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember erklären die Vorstandsmitglieder der EUD Parlamentariergruppe im Bundestag, Dr. Eva Högl, Dr. Günter Krings, Michael Link und Manuel Sarazin:

In Brüssel und Berlin weht ein frischer europäischer Wind. Mit dem Vertrag von Lissabon sind wir in einer neuen europäischen Wirklichkeit angekommen. Neue Kompetenzen des Europäischen Parlaments und eine gestärkte Rolle des Deutschen Bundestages sind sichtbare Zeichen dieser Veränderung.

Der Vertrag von Lissabon hat die Europäische Union leistungsfähiger und zugleich demokratischer gemacht. Qualifizierte Mehrheiten erleichtern die Weiterentwicklung der Union. Die EU-Grundrechtecharta erfasst erstmals die Rechte aller Bürgerinnen und Bürger, mit der Europäischen Bürgerinitiative wurde ein Element direkter Demokratie in die EU eingeführt.

Zum ersten Geburtstag beschenkt sich die Europäische Union dazu selbst. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) nimmt pünktlich zum 1. Dezember seine Arbeit auf und wird der EU nach außen eine einheitliche Stimme verleihen.

Auch im Bundestag ist dieser neue Wind aus Lissabon spürbar. Mehr Rechte bedeuten gleichzeitig mehr Verantwortung. Die zahlreichen Stellungnahmen zu europapolitischen Fragen zeigen: Der Bundestag nimmt seine neuen Rechte ernst und beteiligt sich aktiv an der Gestaltung der Europäischen Union.

Doch es bleibt auch weiter viel zu tun für Europa im Bundestag. Das zeigt nicht zuletzt die aktuelle Krise. Nationale Alleingänge sind keine Lösung. Europäische Herausforderungen erfordern eine europäische Art zu denken. Die Parlamentariergruppe der Europa Union mit ihren 163 Abgeordneten wird weiter fraktionsübergreifend an dieser Herausforderung arbeiten als Stimme Europas im deutschen Parlament.

★ 10 Fragen an...

Unter dieser Rubrik stellen wir jeweils 10 Fragen an Mitglieder der Europa-Union Verband Brüssel, um sie vorzustellen.

10 Fragen an Philipp Rosset

1. Tätigkeit: Referent für Europapolitik im Brüsseler Büro der GEMA.

2. In Brüssel seit: Herbst 2008.



3. Hobbys: Sport, Literatur, Musik.

4. Man trifft mich bei (Lieblingsrestaurant o.ä.): ...rund um die Place de la Liberté zwischen Belgischem Parlament und Botanique.

5. Mein Geheimtipp in Belgien: Jardin Jean-Felix Hap in Etterbeek – eine Oase der Ruhe mitten in Brüssel.

6. Meine Buchempfehlung: Stendhal, „Le Rouge et le Noir“. Ein Klassiker, der zahlreiche Lesarten bietet.

7. Lieblingszitat oder Motto: „Europa ist nicht einfach etwas Gegebenes, sondern immer auch etwas erst noch Herzustellendes, ein politisches und gesellschaftliches Projekt, das gelingen, aber auch scheitern kann.“ (Olaf Asbach)

8. Bei der Europa-Union bin ich dabei: ...um andere Perspektiven kennenzulernen und (auch über Brüssel hinaus) Interesse an Europapolitik zu wecken.

9. Europa bedeutet für mich: Freiheit, Demokratie, Vielfalt, Kreativität, Selbstreflexion und Selbstkritik.

10. Wie geht es weiter mit dem Euro? Vorhersagen sind (frei nach Karl Valentin) schwierig, vor allem wenn sie die Zukunft betreffen. Ich bleibe aber zuversichtlich.

★ **Mitteilungen des Schatzmeisters**

Mit der Einladung zur Mitgliederversammlung im Juli wurden auch die Beitragsrechnungen für das Jahr 2011 versandt. Falls Sie Ihren Beitrag für das vergangene Jahr 2010 und auch für das laufende Jahr noch nicht entrichtet haben, bitten wir Sie um umgehende Begleichung auf u.a. Konto.

Wenn sich Ihre Anschrift oder E-Mailadresse ändert, so geben Sie uns bitte umgehend Bescheid.

★ **Impressum**

Europa-Union Deutschland e.V.
Verband Brüssel
Tel: 02 28-31587 · Fax: 02 791 5795
E-Mail: info@eud-bruessel.eu
www.eud-bruessel.eu

Redaktion: Georg Becker

Bankverbindung:
Konto: 363-0201214-76 (ING)
IBAN: BE91 3630 2012 1476
BIC: BBRUBEBB
Redaktionsschluss: 2. September 2011

★ **Der neue Vorstand im Bild**

